

Walter Kortmann

# Attentismus: Ursachen, Auswirkungen, Gegenmaßnahmen

*Seit geraumer Zeit ist die wirtschaftliche Lage in Deutschland durch mangelnde Aktivität und unzureichende Dynamik gekennzeichnet. Bei der Suche nach den Ursachen tritt das Phänomen des Attentismus in den Vordergrund. Worum handelt es sich bei Attentismus? Wie stellt er sich auf Seiten der Unternehmen und Privathaushalte dar? Welches sind die Ursachen, welches die Wirkungen? Was kann der Wirtschaftspolitik geraten werden?*

In der Wirtschaftspolitik steht Attentismus für eine abwartende Haltung der Wirtschaftssubjekte (Haushalte und Unternehmen), für Zurückhaltung und ein Zögern, das unter bestimmten Bedingungen auftritt und die wirtschaftliche Aktivität lähmt. Attentismus unterscheidet sich von wirtschaftlicher Lethargie und Depression dadurch, dass er nicht auf inneren Antriebshemmungen der Wirtschaftssubjekte beruht, sondern auf dem bewussten zeitweisen Aussetzen von Aktivität (z.B. Arbeitsleistung, Käufe, Neueinstellungen, Investitionen).

Dauert dieser Zustand jedoch längere Zeit an, kann er chronisch werden, also in Lethargie münden und die Leistungsbereitschaft der Wirtschaftssubjekte dauerhaft herabsetzen. Je weniger an Waren und Leistungen angeboten wird, desto weniger kann und muss davon nachgefragt werden, und umgekehrt. So kann lang andauernder Attentismus in eine Krise führen, im schlimmsten Fall zu einer Abwärtsspirale aus Kaufzurückhaltung und mangelnder Leistungsbereitschaft – bei Unternehmen wie bei privaten Haushalten. Das zeigt sich deutlich an der speziellen Erscheinungsform der Deflation, die bekanntlich seit Jahren die japanische Volkswirtschaft lähmt.

Zwei Gruppen von Ursachen oder Anlässen für Attentismus im Bereich der Wirtschaft müssen im Hinblick auf mögliche Gegenmaßnahmen unterschieden werden: Zum einen unsichere Perspektiven infolge eines als zu hektisch empfundenen Wandels der entscheidungsrelevanten Daten oder zu großer Intransparenz der wirtschaftlichen Umstände. Zum anderen bestimmte Formen vorhersehbarer Entwicklungen oder politischer Maßnahmen. Hierauf wird im Folgenden näher eingegangen.

Zu Beginn ist es wichtig, sich darüber klar zu werden, dass Attentismus eine ganz natürliche Reaktion des Menschen ist, konkret: eine Erscheinungsform seiner Risikoaversion oder seines Eigennutzstrebens. Nichts zu tun oder abzuwarten erscheint dem Menschen in manchen Fällen besser als etwas möglicherweise Falsches zu tun, mit nachhaltigen negativen Folgen. Wenn morgen schon wieder alles ganz anders sein kann, erscheint es am besten, heute gar nichts zu tun. Man wartet ab, in der Hoffnung auf Klärung und Stabilisierung der Umstände. Aber auch bei bestimmten absehbaren Entwicklungen oder Ereignissen ist Abwarten eine rationale Verhaltensweise.

Wir wollen in diesem Beitrag die „Anatomie“ des Phänomens Attentismus transparent machen, Ursachen und Wirkungen herausstellen und mögliche Verhinderungs- und Gegenmaßnahmen aufzeigen – dies auch vor dem Hintergrund der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Situation in Deutschland.

## Politische Ursachen

Die beiden oben genannten Gruppen möglicher Ursachen und Anlässe für Attentismus können jeweils auf das wirtschaftliche Umfeld oder auf politisches Handeln zurückgehen. Das heißt: Sowohl die binnen- oder außenwirtschaftliche Entwicklung als auch eine unzulängliche Wirtschafts- und Finanzpolitik können den Wirtschaftssubjekten Abwarten oder Zurückhaltung in ihrer wirtschaftlichen Aktivität nahe legen.

Wir beginnen mit dem letztgenannten Komplex: unklare, unabsehbare oder nicht verlässliche gesetzliche Regelungen und ständig wechselnde politische Rahmendaten. Dafür sind mehrere Umschreibungen geläufig. Schon während der Entstehungszeit der Sozialen Marktwirtschaft hat Walter Eucken auf die Gefahren einer mangelnden Konstanz der Wirtschaftspolitik hingewiesen. Seine Ausführungen klingen heute erstaunlich aktuell: „Die nervöse Unrast der Wirtschaftspolitik, die oft heute verwirft, was gestern

---

*Prof. Dr. Walter Kortmann, 45, lehrt Volkswirtschaftslehre, insbesondere Mikroökonomik an der Fachhochschule Dortmund.*

galt, schafft ein großes Maß von Unsicherheit und verhindert ... viele Investitionen.“<sup>1</sup> Aus den Zeiten aktiver staatlicher Konjunkturstabilisierung ist ferner die Bezeichnung Stop-and-go-Politik geläufig.

In jedem Fall geht es um unstete Wirtschaftspolitik und ihre negativen Wirkungen auf die Wirtschaft. Eine Politik des heute hü und morgen hott erschwert die Absehbarkeit und untergräbt die Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen des Wirtschaftens. Es sind die wechselhaften und unabsehbaren Maßnahmen des Staates sowohl in der Prozess- als auch in der Ordnungspolitik: Immer neue Vorschläge und Beschlüsse, häufige Nachbesserungen oder gar Rücknahmen von Gesetzen und Verordnungen. Eindrucksvolle Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit liefern die bundesdeutsche Gesetzgebung zur geringfügigen Beschäftigung, die endlose Debatte über eine Reform der Sozialsysteme und die ans Abenteuerliche grenzende Steuerpolitik. Nach der Reform ist immer wieder vor der Reform.

Durch angekündigte und dann wieder zurückgenommene Gesetze(sänderungen), durch ständiges Nachbessern, durch „Überrumpelungsgesetze“, womöglich sogar mit rückwirkender Gültigkeit, durch mangelnde Rechtssicherheit bei amtlichen Bescheiden, durch häufige Grundsatz- und Richtungswechsel in der Politik, durch eine Inflation öffentlich vorgebrachter Reformvorschläge, durch kurzatmiges Reagieren auf Tagesprobleme und dergleichen werden die Wirtschaftssubjekte einem „Wechselbad der Erwartungen“ ausgesetzt. Dies führt nicht nur zu einer Verunsicherung, es zersetzt auch Vertrauen und verschlingt Ressourcen (Informations-, Beratungs-, Anpassungs- und Absicherungskosten). An die Stelle einigermaßen sicherer Erwartungen tritt bei den Wirtschaftssubjekten die Erwartung des Unsicheren.

### **Sprunghafte Wirtschaftspolitik**

Eine schlecht durchschaubare und sprunghafte Wirtschaftspolitik ist einer der wichtigsten Gründe für Attentismus. Wenn die Politik keinem klar erkennbaren Konzept folgt, können die Wirtschaftssubjekte sich nicht darauf einstellen und ihre längerfristigen Planungen daran ausrichten. So führen beispielsweise lange kontroverse Diskussionen über Änderungen beim Kündigungsschutz dazu, dass sich Unternehmen mit Neueinstellungen zurückhalten, und öffentliche Erwägungen führender Politiker über konjunkturfördernde Investitionszuschüsse animieren Investoren zum Abwarten.

<sup>1</sup> Walter Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern und Tübingen 1952, S. 288.

Nicht nur die schiere Menge neuer Gesetze fördert den Attentismus. Auch die seit Jahren zunehmende Anzahl notwendig werdender Nachbesserungen an gerade verabschiedeten gesetzlichen Vorschriften trägt zur Verunsicherung der Wirtschaftssubjekte bei. Beispiele der vergangenen Jahre waren die schon erwähnte Neuregelungen der geringfügigen Beschäftigung, der Scheinselbständigkeit, der so genannten Minijobs, die diversen Steuer-, Renten- und Gesundheitsreformen, die Dosenpfandverordnung und jüngst die LKW-Maut.

Im Durchschnitt werden hierzulande jedes Jahr über 100 neue Gesetze und 400 Rechtsverordnungen mit insgesamt über 3000 Textseiten im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Die Gesamtzahl der heute in Deutschland gültigen und somit zu beachtenden Rechtsvorschriften wird auf 100 000 geschätzt. Eine erhebliche Mitverantwortung für die vielfach beklagte „Gesetzesflut“ haben die Entscheidungsgremien der Europäischen Union<sup>2</sup>. Zudem erzwingt die Unterordnung und Anpassung des deutschen an das europäische Recht viele Gesetzesneufassungen. Je mehr Vorschriften es zu machen, zu verstehen, anzuwenden und zu kontrollieren gilt, desto mehr Bürokratie kommt auf und desto stärker wird das Justizsystem beansprucht.

### **Bürokratischer Aufwand**

Wie viele Unternehmen werden nicht gegründet, weil der damit verbundene bürokratische Aufwand für die potenziellen Gründer abschreckender ist als das Risiko, unternehmerisch tätig zu sein? Das gleiche gilt für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Doch die erwähnte Gesetzesfülle schreckt nicht nur direkt ab. Es wächst auch die Gefahr, mit durchaus gut gemeinten wirtschaftlichen Aktivitäten gegen irgendein geltendes Recht zu verstoßen und Bußgelder oder Strafen auf sich zu ziehen. Wer kann heute noch wissen, was im Steuer-, Handels-, Wettbewerbs-, Arbeits- und Umweltrecht alles verboten oder vorgeschrieben ist? Die seit Jahren vor allem auf Bundesebene, aber auch in Teilen der Fachpresse laufenden Bemühungen und Vorschläge zum Bürokratieabbau sind ein dringend erforderlicher Schritt in die richtige Richtung. Aber erst ein durchschlagender Abbauerfolg kann die oben beschriebene Zurückhaltung der Entscheidungsträger durchbrechen.

### **Rechtsunsicherheit**

Es kommt hinzu, dass die vom öffentlichen Recht geforderte Rechtssicherheit, etwa bei Verwaltungs-

<sup>2</sup> Vgl. Walter Kortmann: Reale Außenwirtschaftslehre, Stuttgart u.a.O. 1998., S. 256.

akten, zunehmend ausgehöhlt wird. Bescheide (Steuerbescheide, Genehmigungen etc.) werden immer häufiger nur unter Vorbehalt erteilt. Sei es, dass man sich spätere Prüfungen vorbehält, sei es, dass man auf höchststrichterliche Entscheidungen wartet, sei es, dass die Rechtsgrundlage überhaupt noch nicht gültig ist. Das trägt enorm zur Verunsicherung der Empfänger solcher Rechtsakte bei. Worauf sollen sie sich verlassen? Auf welcher Grundlage sollen sie planen? Hier wäre mehr Mut erforderlich, endgültige Rechtssicherheit zu geben, auch wenn sich dies später im einen oder anderen Fall als nicht ganz gerecht erweisen mag. Es ist irrig zu glauben, durch mehr Vorschriften ließe sich mehr Gerechtigkeit schaffen. Im Gegenteil: Überschreitet die Regelungsichte einen kritischen Wert, nimmt die Chance auf Gerechtigkeit mit wachsender Anzahl an Vorschriften ab, da die Unübersichtlichkeit zunimmt, aus der immer nur wenige einen Vorteil ziehen können.

### Politischer Aktionismus

„Schwache“ Regierungen, die stark an der Wählergunst orientiert sind und immer den Wählern gefallen wollen – oder müssen –, sehen sich veranlasst, ständig etwas zu tun, um Tatkraft zu demonstrieren. Es wird gehandelt um der Schlagzeilen willen. Politik verkommt zu Aktionismus, Führung zu „Krisenmanagement“. Die ökonomische Theorie der Politik geht davon aus, dass Politiker mehr zur Förderung ihrer eigenen Interessen (Machterhalt, Einfluss, Anerkennung, Prestige, Einkommen etc.) als zur Förderung des Gemeinwohls handeln<sup>3</sup>. Aktionismus verschafft ihnen Vorteile. Sie erscheinen als „Macher“, als „Reformer“. Selbst konzeptionsloses und hektisches Krisenmanagement positioniert sie in den Augen vieler Wähler als „Pragmatiker“, die auftretende Probleme engagiert „anpacken“. Weitsicht, Vorsorge und Krisenprävention vermögen dieses Image nicht zu vermitteln. Gewählt wird, wer nach dem Brechen der Deiche im Katastrophengebiet den Menschen medienwirksam seine Betroffenheit zum Ausdruck bringt, nicht, wer frühzeitig für sichere Deiche gesorgt hat.

Nicht zuletzt tragen die einflussreichen Interessengruppen, die ständig bemüht sind, immer neue Vorteile für ihre Klientel durchzusetzen, Unruhe in die Wirtschaftspolitik hinein. Gleiches gilt für den blinden Reformeifer mancher ambitionierter Politiker, die ideologische Vorstellungen umzusetzen versuchen. Eucken spricht treffend von der „außerordentliche[n] Unstabilität der experimentierenden Wirtschaftspolitik“<sup>4</sup>.

<sup>3</sup> Vgl. Bruno S. Frey, Gebhard Kirchgässner: Demokratische Wirtschaftspolitik, 2. Aufl., München 1994.

### Mangel an ordnungspolitischer Beständigkeit

Ein Hauptgrund für Attentismus ist die kurzfristig ausgerichtete Denk- und Handlungsweise demokratisch legitimierter Politiker. Diese orientieren sich längstensfalls an der Dauer einer Wahlperiode, kürzestensfalls an der Zeit, die es braucht, bis das öffentliche Interesse an einem Thema nachlässt oder die Wähler ein politisches Übel vergessen haben. Das Sichern und Erhalten längerfristig konstanter, verlässlicher Rahmenbedingungen kann Politikern leicht als Nichtstun angekreidet werden. Hier wäre viel Prinzipientreue, Charakterstärke und Überzeugungskraft seitens der verantwortlichen Politiker erforderlich. Doch die rasche Reaktion auf eine Änderung der öffentlichen Meinung, der hastige Eingriff in einen Markt, der gerade „in aller Munde“ ist, oder das schnell durchgebrachte Gesetz versprechen dem gewöhnlichen Politiker am ehesten Erfolg. Die Wirkungen prozesspolitischer Maßnahmen lassen sich besser einzelnen Politikern zuordnen als ordnungspolitische Beständigkeit.

Unsicherheit infolge wirtschaftspolitischer Unstetigkeit multipliziert die ohnehin bestehenden Unsicherheiten des wirtschaftlichen Umfeldes der Haushalte und Unternehmen. Zu den unvermeidbaren Marktrisiken kommen vermeidbare politische Risiken hinzu. Dies veranlasst die Betroffenen zu Zurückhaltung. Auf eine kurze Formel gebracht, kann man somit sagen: Aktionismus führt zu Attentismus. Das gilt übrigens auch für besonders wandlungsfreudige Unternehmen.

Aber nicht nur durch Handeln kann die Wirtschaftspolitik Attentismus fördern, auch durch Untertun. Das Aufschieben von Problemlösungen, das Verschleppen notwendiger Reformen und das Aussitzen unliebsamer Entwicklungen trägt ebenfalls zur Verunsicherung der Bevölkerung bei und weckt Zukunftsängste. Herausragende Beispiele hierfür sind wohlbekannt: Wachsende Staatsverschuldung lässt die Bevölkerung spätere Steuererhöhungen oder Sozialleistungskürzungen erwarten, fehlende Rentenreform lässt viele Menschen um ihre Altersversorgung fürchten und zunehmende Umweltzerstörung trübt die Aussichten auf die zukünftigen Lebensbedingungen.

Wie die Erfahrung zeigt, kann nicht nur eine sprunghafte und eine problemlösungsvermeidende Regierungspolitik zu Attentismus führen: Auch ein erwarteter oder aber ein nicht gesicherter Regierungswechsel kann Wirtschaftssubjekte, vor allem Unternehmen, vor einer Wahl von Engagements (Investitionen, Neueinstellungen) abhalten. Das erweckt zuweilen den Eindruck, „die Wirtschaft“ würde gezielt Zurück-

<sup>4</sup> Walter Eucken, a.a.O., S. 287.

haltung üben, um das Wahlergebnis in ihrem Sinne zu beeinflussen. Kommt es dann doch zu dem von ihr nicht gewünschten Wahlergebnis, wie es wohl bei der Bundestagswahl Ende 2002 der Fall war, so bleibt die abwartende Haltung auch nach der Wahl bestehen.

Wie eingangs hervorgehoben, kann eine unangemessene Wirtschaftspolitik auch substanziell die wirtschaftliche Aktivität erlahmen lassen. Investitions- und Innovationsneigung versiegen dann. Ein dauerhaft wirtschaftsfeindliches Umfeld erdrosselt die unternehmerische Initiative. Aus potenziellen Unternehmern im Sinne Schumpeters werden „statische Wirte“, also Manager des Bestehenden. Und auf Seiten der Arbeitskräfte: Zu hohe Steuern senken die Leistungsbereitschaft der Produktiven; zu hohe Sozialleistungen zerstören die Neigung und schließlich auch die Fähigkeit der Nichtproduktiven, Leistung zu erbringen. Dies alles ist dann kein Abwarten und Hoffen auf bessere Umstände mehr, also *Attentismus*, sondern in vielen Fällen ein endgültiges Zurücklehnen, ähnlich einer inneren Kündigung. In gleicher Weise bringen Subventionen, die Unternehmen über längere Zeit hinweg gewährt werden, deren Leistungsbereitschaft zum Erliegen. Der Anreiz, Leistung zu erbringen und sich den Markterfordernissen zu stellen, abwägend Risiken einzugehen, nimmt ab, wenn auch ohne dies die Mittel fließen. Der Wettbewerb und damit auch die Wettbewerbsfähigkeit nehmen nachhaltig Schaden<sup>5</sup>.

### Unsicheres Umfeld

Politiker-Handeln ist selbstverständlich nicht in jedem Fall eine Quelle der Verunsicherung, und sie ist nicht die einzige. Das wirtschaftliche Umfeld kann den Haushalten und Unternehmen ebenfalls Anlässe für *Attentismus* geben. Typische Beispiele sind krisenhafte Wirtschaftsentwicklungen, Kriege, Umweltkatastrophen oder ein die menschliche Anpassungsfähigkeit überfordernder Strukturwandel.

Angesichts solcher Umstände kann es für die Wirtschaftssubjekte vorteilhaft sein, sich mit Engagements, Investitionen und anderen längerfristigen Festlegungen für eine Weile zurückzuhalten. Man wartet, bis sich die Lage geklärt hat, bis also die Krise definitiv überwunden ist oder sich die gewandelten Daten und Strukturen stabilisiert haben. Ein Fall, der seit geraumer Zeit immer wieder einigen Branchen zu schaffen macht, ist das Abwarten vieler Nachfrager neuer High-Tech-Produkte angesichts mehrerer konkurrierender Technologiestandards. Man möchte vermeiden „aufs falsche Pferd“ zu setzen und später zu einem

anderen Standard wechseln zu müssen. Eine hohe Innovationsfrequenz, hektische Konzeptänderungen, kurze Produktlebenszyklen und die Gefahr geplanter Obsoleszenz tragen wesentlich zur anfänglichen Zurückhaltung von Nachfragern bei. Die Bildung von Erwartungen und das Lernen aus Erfahrung sind wieder die entscheidenden Momente.

Nachfrager werden sich kaum durch Service- und Garantieverprechen von Verkäufern zum Kauf überreden lassen, wenn sie nicht darauf vertrauen können, dass es das Unternehmen in einem Jahr überhaupt noch geben wird. Hier ist *Attentismus* eine häufig übersehene Folge einer wachsenden Anzahl von Unternehmensinsolvenzen. Entsprechend würde ein Arbeitnehmer, der sich in einem Unternehmen außergewöhnlich einsetzt, vielleicht auf Urlaub, Lohn und eine gute Ausstattung verzichtet, unvernünftig handeln, wenn er nicht einigermaßen sicher sein könnte, auch noch im nächsten Jahr einen Job bei „seiner Firma“ zu haben. Wer baut noch ein Eigenheim, wenn er sich zu bundesweiter Mobilität aufgefordert sieht, will er einen Arbeitsplatz bekommen und halten oder seinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung im Falle unerwarteter Arbeitslosigkeit nicht verlieren?

### Zurückhaltung bei den Ausgaben

Konsumenten halten sich erfahrungsgemäß bei unsicheren Einkommensperspektiven mit Ausgaben zurück, wie Unternehmen mit Investitionen, wenn diese aus der aktuellen Perspektive nicht eine bestimmte Mindestrendite erwarten lassen. Seit langem ist die Labilität von Investitionen und ihre starke Erwartungsabhängigkeit ein zentrales Thema der Wirtschaftsforschung und Wirtschaftspolitik. Die ausgeprägte Konsumzurückhaltung bei drohender Rezession wird dagegen erst bei fortgeschrittenem Entwicklungsstand einer Volkswirtschaft, also bei relativ hohem Sättigungsniveau, zum Problem, wenn die Menschen es sich leisten können, jenseits der befriedigten Grundbedürfnisse den Erwerb von Gütern (vor allem dauerhafte Konsumgüter und Luxusgüter) zurückzustellen. Dies erklärt die Absatzeinbrüche nicht nur der Luxusgüterindustrie, die erst seit wenigen Jahren als großes Problem empfunden werden.

Angstsparen ist besonders in Zeiten zu erwarten, in denen sich die Menschen nicht mehr auf die sozialen Sicherungssysteme verlassen können. So schlagen sich die ungelösten Probleme des Renten- und Gesundheitssystems und der Arbeitslosenversicherung auch in *Attentismus* der Konsumenten nieder. In den vergangenen Jahren hat hierzulande zweifellos auch die Währungsumstellung von der D-Mark zum Euro

<sup>5</sup> Vgl. Walter Kortmann: Reale Außenwirtschaftslehre, a.a.O., passim.

viele Menschen zum Einnehmen einer Sicherungshaltung bewegt. Angesichts der damit einhergehenden Preisgabe wesentlicher Wettbewerbsvorteile im internationalen Wirtschaftsverkehr und der umfangreichen Rechts- und Zahlungsverpflichtungen in der Europäischen Union ist diese Haltung nicht völlig unbegründet. Die Ängste vieler Menschen vor einer Aufgabe des europäischen Stabilitätspaktes und allgemein den Folgen der Globalisierung tragen ein Übriges bei.

Zu Attentismus kann es nicht erst kommen, wenn die Lage unsicher geworden ist, sondern schon vorher, wenn Unsicherheiten vorhersehbar sind. Das ist regelmäßig bei anstehenden Zinsänderungen auf den Finanzmärkten zu beobachten. Es wird auch bestimmend sein, wenn allmählich sich verschärfende wirtschaftliche Fehlentwicklungen ein baldiges staatliches Eingreifen erwarten lassen.

Attentismus ist zudem der typische Zustand im (engen) Oligopol. Das unsichere Umfeld resultiert hier aus der hohen direkten Reaktionsverbundenheit der Beteiligten. Dann sind sowohl die Neigung als auch die Fähigkeit zu Wettbewerbsbeschränkungen besonders stark ausgeprägt. Die effektive Wettbewerbsintensität bleibt hinter der potenziellen zurück<sup>6</sup>. Die vergleichsweise hohe Markttransparenz, die Erwartung konterkarierender Reaktionen und die Furcht vor Vergeltung machen profitable Wettbewerbsvorstöße praktisch unmöglich. Zugleich bieten die geringe Wettbewerberanzahl und ihre gute gegenseitige Bekanntheit ideale Chancen zu wettbewerbswidrigen Absprachen. So können sich alle Rivalen vom Druck und der immensen Bedrohung des Wettbewerbs befreien und sich vergleichsweise stabiler und hoher Gewinne erfreuen. Es kommt deshalb faktisch zu einem Erstarren des Wettbewerbs, zu einem kompetitiven Patt (oligopoly stalemate)<sup>7</sup>. Alle Oligopolisten halten sich im eigenen Interesse mit Wettbewerbshandlungen zurück, die Kundenorientierung nimmt ab und die Kantzenbachschen Wettbewerbsfunktionen<sup>8</sup> werden nicht mehr erfüllt.

### Absehbares Umfeld

Politik und wirtschaftliches Umfeld können nicht nur durch mangelnde Vorhersehbarkeit zu Attentismus beitragen. Auch wenn bestimmte Umfeldentwicklungen oder wirtschaftspolitische Maßnah-

men absehbar sind, kann es zu einer abwartenden Haltung der Wirtschaftssubjekte kommen. Dies ist die eingangs genannte zweite Ursachengruppe für Attentismus. Im Kern beruht diese auf der Antizipation von Entwicklungen oder Ereignissen.

Die Preise neuer Produkte, vor allem technologischer Neuerungen, sinken aller Erfahrung nach im Laufe der Marktentwicklung auf ein im Vergleich zum Anfang sehr niedriges Niveau<sup>9</sup>. Praktisch alle Artikel der Konsumelektronik können hier als Beleg dienen. Zugleich nimmt die Qualität und Zuverlässigkeit der Produkte zu und die Bezugsbedingungen verbessern sich. Dieses Wissen und die Hoffnung auf weitere Preissenkungen und Qualitätsverbesserungen lässt manche Nachfrager mit Käufen abwarten. Durch ihr Zögern wird jedoch die Marktexpansion abgebremst, im schlimmsten Falle ganz zum Stillstand gebracht<sup>10</sup>. Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene ist Kaufzurückhaltung aufgrund der Erwartung allgemein sinkender Preise eine typische Begleiterscheinung der Deflation. Auf das aktuelle Beispiel Japan wurde oben schon hingewiesen.

Fallende Preise oder ein sinkendes allgemeines Preisniveau wären eigentlich Kaufanreize, da sich die Güter verbilligen. Gehen die Nachfrager indes davon aus, dass die Preise weiter zurückgehen werden, warten sie ab und halten sich mit Käufen vorerst zurück, um ihren Bedarf später noch günstiger decken zu können. Dieser Vorgang gleicht einer Spekulation auf weiter fallende Preise, wie sie auf Finanzmärkten typischerweise vorzufinden ist. Wie die Realinvestoren bei rückläufiger Konjunktur halten sich die Finanzinvestoren bei rückläufigen Kursen solange zurück, bis sie entweder ihre Käufe nicht weiter aufschieben können oder bis ein weiterer Rückgang kaum mehr möglich erscheint (z.B. bei sehr niedrigem Zinsniveau).

Aber auch absehbare sprunghafte Veränderungen von Marktdaten können zu verzögertem Handeln führen. Das ist regelmäßig vor Zins- und Steuerensenkungen sowie Subventionsgewährungen zu beobachten. Die Zielgruppe wartet, bis die günstigeren Umstände gelten und kauft oder investiert erst dann. Dies ist eine Form des so genannten Lead-Verhaltens, das bei der Umsetzung wirtschafts- und finanzpolitischer Maßnahmen berücksichtigt werden muss. Die gleiche Wirkung ist bei ruckartigen Preissenkungen

<sup>6</sup> Vgl. Erhard Kantzenbach: Die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs, Göttingen 1967, 1. Aufl. 1966, S. 48.

<sup>7</sup> Vgl. Hartmut Berg: Wettbewerbspolitik, Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Band 2, 7. Aufl., München 1999, S. 304.

<sup>8</sup> Vgl. dazu im Einzelnen Erhard Kantzenbach, a.a.O., S. 16 f.

<sup>9</sup> Vgl. Ernst Heuss: Allgemeine Markttheorie, Tübingen und Zürich 1965; sowie Walter Kortmann: Diffusion, Marktentwicklung und Wettbewerb, Frankfurt/M. u.a.O. 1995.

<sup>10</sup> Vgl. im Einzelnen Walter Kortmann: Diffusion, Marktentwicklung und Wettbewerb, a.a.O.

von Unternehmen zu erwarten, sofern diese von den Nachfragen vorhergesehen werden.

Fatal kann sich Attentismus im Falle von Unternehmen auswirken, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind. Kunden ziehen sich zurück und Lieferanten fordern sofortige Bezahlung. Im Sinne einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung (self fulfilling prophecy) kann dies zum tatsächlichen Ruin eines Unternehmens führen.

### Absehbare Politik

Die letzte hier zu betrachtende mögliche Ursache für Attentismus sind vorhersehbare Maßnahmen der Politik. In der Mediengesellschaft zeichnen sich Beschlüsse der staatlichen Entscheidungsorgane manchmal schon längere Zeit vorher einigermaßen verlässlich ab. Darauf stellen sich die Wirtschaftssubjekte natürlich ein. Besonders wahrscheinlich ist dies, wenn der Staat im Rahmen der Prozesspolitik systematisch bestimmte Eingriffe vornimmt. Das markanteste Beispiel ist vermutlich die staatliche Konjunkturpolitik. Hier wurde letztlich der Attentismus zum entscheidenden Grund für das Scheitern der keynesianisch motivierten Globalsteuerung in den 1970er Jahren. Eine systematisch betriebene antizyklische Geld- und Fiskalpolitik bildet auf Seiten der Wirtschaftsakteure Erwartungen. Unternehmen und Arbeitnehmer (vertreter) gehen davon aus, dass der Staat gegen rezessive Entwicklungen mit expansiven Maßnahmen vorgehen wird. Eigene gesamtwirtschaftlich notwendige Anpassungen (Preissenkungen auf Seiten der Unternehmen, Lohnzurückhaltung auf Seiten der Arbeitnehmer) unterbleiben dann. Daraufhin verfehlen die Maßnahmen der staatlichen Konjunkturförderung ihre gewünschte Wirkung. Während der expansive Impuls verpufft, nehmen Inflation, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung zu.

Diese Form des Attentismus ist ein Abwarten, in der Zuversicht, der Staat werde die Sache schon richten. Wir wissen heute, dass aus diesem Grunde antizyklische Konjunkturpolitik nicht mehr zuverlässig funktionieren kann. Und aus dem gleichen Grund kann auch jede andere systematisch betriebene Politik, die eine Überraschung der Wirtschaftssubjekte zur Voraussetzung hat, nicht auf Dauer erfolgreich sein. Haben beispielsweise die Unternehmen erst einmal die Erwartung aufgebaut, dass der Staat auf Beschäftigungseinbrüche hin Lohnkostenzuschüsse oder Ausbildungsbeihilfen zahlt, wird man sich bei der nächsten Krise dieser Art von vornherein mit Einstellungen zurückhalten, um dann die Zuschüsse für sämtliche neu einzustellenden oder zur Ausbildung vorgesehenen Mitarbeiter kassieren zu können. Von

selbst gleicht sich der Markt dann nicht mehr aus. Hier liegt jedoch kein Marktversagen vor, sondern, ebenso wie bei den zuvor dargestellten Ursachen, ein Versagen der Politik beziehungsweise des Staates. Denn die hoheitlichen Entscheidungsträger kommen hier ihren Verpflichtungen nicht (richtig) nach und verschlechtern dadurch die Marktergebnisse.

### Einzelwirtschaftliche Wirkungen

Attentismus ist ein Phänomen, das auf der Ebene der einzelnen Wirtschaftssubjekte zustande kommt, dann aber im Aggregat auf teil- und gesamtwirtschaftlicher Ebene seine typischerweise negativen Wirkungen entfaltet.

Beim einzelnen Konsumenten, Arbeitnehmer, Unternehmer etc. ist Attentismus, wie wir schon eingangs hervorgehoben haben, eine durchaus natürliche psychologische Reaktion auf die zuvor beschriebenen Umstände. Wer eine für sich günstige Entwicklung vorhersieht oder aber verunsichert ist und keinen klaren Planungshorizont hat, wartet erst einmal ab, was passiert. So versuchen die Wirtschaftssubjekte durch Abwarten individuellen Nachteilen vorzubeugen und sich mögliche Chancen nicht durch frühzeitiges Handeln zu verbauen. Das wird besonders deutlich, wenn für irgendein Verhalten finanzielle Förderungen zu erwarten sind. Jeder mögliche Nutznießer wartet in einer solchen Lage vernünftigerweise ab, bis die Maßnahme beschlossen ist. Erst danach wird das geförderte Verhalten an den Tag gelegt; man lässt es sich bezahlen – auch wenn man es ohnehin geplant hatte.

Angst senkt die Konsumneigung. Arbeitnehmer, die einem Verlust ihres Arbeitsplatzes entgegensehen, werden Leistung und Einsatzbereitschaft zurücknehmen und sich zugleich bei Konsumausgaben und neuen Zahlungsverpflichtungen (Abonnements, Ratenverträge, Mitgliedschaften, Konsumentenkredite, Baudarlehen etc.) zurückhalten. Alles, was nicht unbedingt erforderlich ist, wird aufgeschoben.

Bei unklaren Perspektiven verlieren auch Unternehmen an Planungssicherheit, ihr Planungshorizont verkürzt sich, sie schrecken von längerfristigen Engagements zurück. Unternehmen, denen die Absatzentwicklung düster erscheint, werden mit Investitionen und Neueinstellungen zurückhaltend sein. Wer trotz unsicherer Kosten- und Absatzperspektiven investiert, geht ein hohes Risiko ein. Unausgelastete Produktionskapazitäten erschweren die Fixkostendeckung und sind eine der häufigsten Ursachen für Unternehmenskrisen und Insolvenzen. In einer empirischen Untersuchung von 6745 Unternehmensbilanzen stellte die Deutsche Bundesbank jüngst eine eindeutig negative

Wirkung von Unsicherheit auf das Investitionsverhalten fest; deshalb empfiehlt sie der Wirtschaftspolitik, für mehr Planungssicherheit zu sorgen. Diese sollte nicht ständig die Rahmenbedingungen für die Unternehmen durch neue oder veränderte Gesetze ändern<sup>11</sup>.

Schlechte und unvorhersehbare Wirtschaftsentwicklungen sowie wirtschaftspolitischer Aktionismus bewirken nicht nur eine gesteigerte Verunsicherung der Wirtschaftssubjekte, sie erhöhen auch deren Informationskosten und machen zusätzliche Sicherungsaufwendungen erforderlich. Die Statistik lehrt, dass jede Verdopplung der möglichen Schwankungsbreite einer entscheidungsrelevanten Größe die Varianz dieser Größe, also das Risikomaß, vervierfacht. Schon ein kleines Mehr an Unstetigkeit erhöht somit das Risiko beträchtlich. Mit wachsender Unsicherheit wird es für jeden Einzelnen aufwändiger, sich auf dem Laufenden zu halten, neue Informationsträger müssen gekauft, Versicherungen abgeschlossen, vielleicht Berater konsultiert und organisatorische Änderungen vorgenommen werden.

Die Erwartung sinkender Preise lässt, wie gezeigt, die Nachfrager zögern und ermuntert sie, Käufe aufzuschieben. Eine allgemeine Nachfrageschwäche verstärkt den Druck auf das Preisniveau, was die Deflation verschärft. Bei Neuprodukten wird der Preisrückgang dagegen durch Nachfragezurückhaltung gebremst. Anhaltend sinkende Zinsen lassen Investoren abwarten; deren Zurückhaltung bei der Kreditnachfrage führt dann zu weiter sinkenden Zinsen. Bei steigenden Zinsen warten dagegen die Anleger; deren Zurückhaltung beim Kapitalangebot lässt die Zinsen weiter steigen.

Durch Aufschieben von Entscheidungen und Verzögerung von Handlungen bleiben bei Unternehmen Innovationen und Investitionen ungetätigt. Dadurch werden Chancen auf Erhalt und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit vertan. Der Modernitätsgrad des Kapitalstocks sinkt.

### **Gesamtwirtschaftliche Wirkungen**

Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene führen unsichere Produktions- und Vermarktungsbedingungen dazu, dass sich ausländische Investoren mit Engagements auf dem inländischen Markt zurückhalten. Eine als schlecht empfundene Politik, unliebsame Regierungen und konjunkturelle Schwäche lassen Interessenten ihre Vorhaben „auf Eis“ legen, bis sich die Situation nach ihrer Einschätzung gebessert hat. Der einbrechende Kapitalimport kann die Zahlungsbilanz

defizitär werden lassen. Inländische Akteure reagieren entsprechend: Sie versuchen in vermeintlich sicherere Wirtschaftsbereiche oder Länder auszuweichen. Hieran zeigt sich, dass Attentismus nicht generell Nichtstun bedeutet.

Wirtschafts- und sozialpolitischer Aktionismus geht immer mit einem erhöhten Bedarf an staatlicher Administration und Bürokratie einher. Ein aktuelles Beispiel liefert die Bundesanstalt für Arbeit, die trotz ihres beträchtlichen administrativen Überhangs in erheblichem Umfang neues Personal anfordert, um die so genannten Hartz-Reformen bewältigen zu können. Es wäre wissenschaftlich lohnend und wirtschaftspolitisch interessant, einmal im Rahmen der Politikfolgenforschung empirisch zu untersuchen, wie der quantitative Gesetzgebungsausgang auf den Verwaltungsumfang in staatlichen Behörden und in den Parafiski wirkt. Jedenfalls erscheint es plausibel, davon auszugehen, dass staatlicher Aktivismus zusätzliche Kosten und Aufwendungen induziert, beim Staat wie bei den Privaten. Die Chance, Budget, Apparat und Einfluss auszuweiten, macht Behörden zu mehr oder weniger offenen Befürwortern immer neuer staatlicher Maßnahmen und einer voluminösen Gesetzgebung. Immerhin stellen öffentlich Bedienstete den größten Teil der Abgeordneten in den Parlamenten, allein im Deutschen Bundestag mehr als die Hälfte. Auf die leistungshemmende Wirkung ausufernder Bürokratie wurde oben bereits hingewiesen.

Durch Attentismus unterlassene oder aufgeschobene Investitionen bremsen den technologischen Fortschritt. Sowohl die Modernisierung der Produktionsanlagen als auch die Hervorbringung (Innovation) und Übernahme (Adoption) von Neuerungen setzen in der Regel Investitionen voraus<sup>12</sup>. Kommt es hier zu Hemmungen, kann die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft nachhaltig beeinträchtigt werden<sup>13</sup>. Denn Wettbewerbern gelingt es dann aufzuholen.

Auf steigende Risiken reagieren Versicherungen mit Prämienenerhöhungen, Lieferanten mit beschleunigter Zahlungsforderung und Banken mit steigenden Zinsen und Zurückhaltung bei der Kreditvergabe (so genannte Kreditrationierung). Dies alles wirkt hemmend auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität.

Durch Attentismus verursachte Kaufzurückhaltung treibt Unternehmen in Existenzkrisen. Die sehr hohen Insolvenzzahlen der vergangenen Jahre finden

<sup>11</sup> Vgl. Deutsche Bundesbank: Unsicherheit, Handlungsfreiheit und Investitionsverhalten – Ein empirischer Befund für Deutschland, Frankfurt 2001, S. 71.

<sup>12</sup> Vgl. Walter Kortmann: Diffusion, Marktentwicklung und Wettbewerb, a.a.O.

<sup>13</sup> Vgl. im Einzelnen Walter Kortmann: Reale Außenwirtschaftslehre, a.a.O.

hier einen wesentlichen Grund. Arbeitsplätze sowie berufliches und unternehmerisches Know-how gehen verloren. Die zurückhaltende Nachfrage, die schlechte Beschäftigungs- und Einkommenssituation und die unbefriedigenden Unternehmensergebnisse bleiben nicht ohne Folgen auf das Steueraufkommen. Zugleich steigt der Bedarf an Sozialleistungen. Steueranpassungen und „Einschnitte in das soziale Netz“, die dadurch angesichts leerer öffentlicher Kassen erforderlich werden, erhöhen allerdings die Verunsicherung weiter. Dies ist die Lage, in der sich Deutschland zurzeit befindet. In dem soeben beschriebenen Zusammenhang zeigt sich eine zweite Schleife positiver Rückkopplung im Regelkreis des Attentismus. Gesamtwirtschaftliche Abwärtsspiralen sind vielleicht die größte Herausforderung, die sich der Wirtschaftspolitik stellen kann.

### Attentismus - Antagonismus

Wir haben zu zeigen versucht, dass Attentismus ein individuell oder einzelwirtschaftlich rationales und durchaus vorteilhaftes Verhalten ist, zugleich aber eines, dass im Aggregat, also gesamtwirtschaftlich, äußerst schädlich sein kann. Dies wirkt dann nachteilig auf die Einzelwirtschaften zurück. Der Fall gleicht dem bekannten Sparparadoxon: Sparen ist für jeden Einzelnen gut und vorteilhaft; wenn aber alle viel sparen, geht wegen des mangelnden Konsums die gesamtwirtschaftliche Aktivität zurück; Produktion, Einkommen und Beschäftigung sinken. Drückt man dies, wie es heute Mode ist, in Begriffen der Theorie strategischer Spiele aus, so haben wir es mit einer Situation des so genannten Gefangenendilemmas<sup>14</sup> zu tun. Wenn jeder abwartet und sich mit wirtschaftlicher Aktivität zurückhält, verschlechtert sich insgesamt die Wirtschaftslage. Allgemeiner formuliert liegt eine Situation einzelwirtschaftlicher Vorteilhaftigkeit, aber gesamtwirtschaftlicher Nachteilhaftigkeit vor. Dieser Antagonismus ist einer der Schlüssel zur Rechtfertigung von staatlicher Wirtschaftspolitik in der Marktwirtschaft.

### Ausbreitung von Attentismus

Bevor die wirtschaftspolitischen Handlungserfordernisse zur Sprache kommen, sei – dafür hilfreich – ein Blick auf die interessante Frage geworfen, wie Attentismus um sich greift. Bei diesem Vorgang spielt zunächst die persönliche Erfahrung und die interpersonelle Kommunikation der Menschen eine Rolle. Häufen sich bei Gesprächen unter Freunden, Bekannten, Kollegen und Geschäftspartnern Meldungen von Anlässen für Verunsicherung (z.B. Arbeitsplatzverluste

oder Pleiten), sensibilisiert dies die Wahrnehmung der Empfänger. Die „Erfahrungsberichte“ Dritter werden rasch anderen Kommunikationspartnern weitererzählt, und es beginnt sich ein bestimmter Eindruck in den Köpfen zu verdichten.

Schließlich wird die Reizschwelle der Medien überschritten. Die bestürzenden Umstände werden zum Thema. Massenmedien, besonders die elektronischen, sind ein überaus wirksamer Multiplikator für Verunsicherung. Sie „leben“ von Neuigkeiten, provokanten Vorschlägen und Gegenvorschlägen, politischem Streit, aufgedeckten Unwahrheiten, Spekulationen, Katastrophen etc. Das bringt Quote und Auflage. Massenmedien haben nicht nur kein Interesse an Ruhe, Beständigkeit und Klarheit; in vielen Fällen dürfte es ihnen schlicht am nötigen Sachverstand fehlen, Probleme zugleich richtig, differenziert und klar verständlich zu kommunizieren. Im Dunstkreis des Unklaren, Oberflächlichen und Spekulativen kann Verunsicherung allerdings gedeihen. Das erweist sich deutlich bei kontroversen politischen Debatten, die wesentliche Lebensbereiche der Menschen berühren. Solange die Dinge in der Schwebe sind, halten sich die Menschen mit Entscheidungen und Handlungen zurück. Das ist gegenwärtig unter anderem bei der privaten Altersvorsorge der Fall.

Sei es durch persönliche Kommunikation, sei es verstärkt durch die Massenmedien, und gleich, ob begründet oder unbegründet: Angst steckt an, Verunsicherung pflanzt sich fort, Vertrauensverlust greift um sich, Rückgang nährt den Rückgang. Bei absehbaren Entwicklungen oder Ereignissen, die ein Zuwarten nahe legen, breitet sich Attentismus in entsprechender Weise aus.

Es sind nicht allein diese selbstverstärkenden Prozesse (positive feedbacks), die die Problematik von Attentismus ausmachen. Hinzu kommt die Erfahrungstatsache, dass sie ohne objektiven Anlass ausgelöst werden können oder trotz objektiver Gegenstände erhalten bleiben. Es besteht die Gefahr sich selbst erfüllender Erwartungen. In der Konjunkturforschung ist die Regel bekannt: Solange keiner an einen Aufschwung glaubt, kommt er auch nicht zustande. Umgekehrt ist es vorstellbar, dass eine massive Investitionszurückhaltung in Erwartung einer staatlichen Investitionsförderungs-Maßnahme eine solche Maßnahme geradezu herbeizwingen kann.

### Gegenmaßnahmen

Attentismus fordert die Politik heraus, insbesondere die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Es gilt, die

---

<sup>14</sup> Vgl. die ursprüngliche Darstellung in R. D. Luce, H. Raiffa: *Games and Decisions*, New York 1957, S. 95.



Art und Weise, in der Politik geführt wird, zu ändern oder geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen. In jedem Falle ist an den hier beschriebenen Ursachen des Phänomens anzusetzen. Symptombbezogener Aktivismus würde, wie wir gezeigt haben, die Lage noch verschlimmern. Gleichwohl ist gerade dies immer wieder zu beobachten. Vor allem bei allgemeiner Nachfrageschwäche sieht sich der Staat rasch aufgerufen, „in die Lücke“ zu springen. So wurde trotz der vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse und der früheren praktischen Erfahrungen noch in den 1990er Jahren in Japan versucht, mit massiven Konjunkturankurbelungsprogrammen die deflationsbedingte Kaufzurückhaltung zu bekämpfen. US-Präsident George W. Bush versuchte mit ähnlichen Mitteln einem Attentismus im Vorfeld seines Irak-Krieges vorzubeugen. Und auch die Bundesregierung unter Gerhard Schröder versucht sich im Kampf gegen die Verunsicherung und wirtschaftliche Zurückhaltung in Deutschland. In jedem Fall geht es darum, Konsum- und Investitionsausgaben künstlich zu stimulieren.

Eine solche fallbezogene und deshalb wenig vorsehbare Politik verkennt jedoch, dass immer neue staatliche Maßnahmen, noch mehr Markteingriffe und ständig veränderte Rahmenbedingungen, kurz: operative Hektik, zu noch mehr Verunsicherung führen und den bestehenden Attentismus möglicherweise weiter verstärken: ein Teufelskreis. Springen die Wirtschaftssubjekte auf eine unsinnige wirtschafts-, finanz- oder sozialpolitische Maßnahme des Staates nicht an, wird, wie die Erfahrung reichlich belegt, nicht die Maßnahme zurückgenommen, sondern es werden weitere, unterstützende oder ergänzende Maßnahmen beschlossen, um auf Gedeih und Verderb doch noch einen Erfolg zu erzwingen.

### **Vertrauen in die Verlässlichkeit schaffen**

Eine unverzichtbare Voraussetzung für Vertrauen ist Verlässlichkeit und Wahrhaftigkeit. Politiker, die die Bürger vor einer Wahl belügen, verspielen wertvolles Vertrauenskapital. Nach der gewonnenen Wahl kann die Regierung nicht mehr auf das Vertrauen der Bevölkerung zählen. Auch innerhalb der Legislaturperioden erwarten die Bürger Verlässlichkeit. So muss etwa ein im Rahmen einer beschlossenen Steuerreform gegebenes Versprechen, die Steuern zu senken, eingehalten werden. Ansonsten wird die Glaubwürdigkeit der Politiker oder der Politik insgesamt beschädigt. Bei späteren Versprechen gehen die Bürger dann vorsichtshalber davon aus, dass sie wieder betrogen werden. Dadurch verlieren Versprechen ihre motivie-

rende und steuernde Wirkung. Das aber erschwert die Politik, nimmt ihr die Chance, einen Aufschwung gleichsam herbeizureden.

Wenn Wirtschaftspolitik, wie Ludwig Erhard einmal gesagt hat, zu einem großen Teil aus Psychologie besteht, also aus Überzeugen-können, Optimismus-verbreiten, Zuversicht-geben, dann ist das ohne einen gewissen Vertrauensvorschuss kaum zu bewerkstelligen. Bei einer wenig glaubhaften und un stetigen Wirtschaftspolitik verlieren Ankündigungen und Versprechen ihre erwartungsbildende Kraft. Die Wirtschaftssubjekte haben dann den Eindruck, dass morgen alles schon wieder ganz anders sein kann. Bei enttäushtem Vertrauen wird jede positive Botschaft der Politik von den Wirtschaftssubjekten gleich als ein weiteres plumpes Täuschungsmanöver oder als wenig glaubhafte oder unrealistische Wunschvorstellung angesehen. Irgendwelche Interessen oder vermeintlich wahren Absichten der Politiker sind dann von den Bürgern schnell gefunden. Die Wirksamkeit von Politik ist herabgesetzt. Bestehender Attentismus kann dann nicht mehr ohne weiteres durchbrochen werden. Der Aufbau neuen Vertrauens braucht Zeit und eine längere Kette positiver Erfahrungen.

Trotz alledem muss Attentismus in einer bestimmten Situation nicht zwangsläufig sehr lange anhalten. Tatsächlich spricht manches dafür, dass der Zustand des Abwartens und der Zurückhaltung mit der Zeit mehr und mehr labil wird. In vielen Konsum- und Investitionsbereichen können Käufe zwar verzögert, aber nicht ohne erhebliche Nachteile ganz aufgegeben werden. Vielmehr staut sich ein ungedeckter Bedarf auf, der irgendwann gedeckt werden muss. Vorräte gehen zur Neige, dauerhafte Konsum- und Investitionsgüter haben eine begrenzte Nutzungsdauer, bestehende Anlagen müssen gewartet und renoviert werden.

Überdies drängt die dem Attentismus zugrunde liegende Stimmung der Wirtschaftssubjekte irgendwann zum Wechsel. Darin unterscheidet sie sich von der wirtschaftlichen Lethargie. Das Zuwarten wird irgendwann langweilig; aufgestaute Energien wollen sich Bahn brechen. Besonders deutlich ist dies an Wertpapierbörsen zu beobachten: Nach einer langanhaltenden so genannten Bärenphase gewinnen schließlich wieder die »Bullen« die Oberhand. Ähnlich ist es in der Realwirtschaft. Der Mensch gewöhnt sich schließlich sogar an dauerhaft erhöhte Unsicherheiten. So kommt es möglicherweise nach einiger Zeit von selbst zum Durchbrechen des Attentismus. Die zuvor aufgestauten Aktivitätspotenziale werden dann freigesetzt.

### Konstanz der Wirtschaftspolitik notwendig

Das einfachste und wirksamste Mittel, unsicherheitsbedingtem Attentismus in der Wirtschaft gar nicht erst aufkommen zu lassen, ist die Befolgung des Euckenschen Postulats der „Konstanz der Wirtschaftspolitik“. Es verpflichtet nicht nur die Prozesspolitik destabilisierende Eingriffe zu unterlassen und für eine Verstetigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu sorgen – insbesondere hinsichtlich der Politikparameter, wie Zinsen und Abgabensätze. Auch und besonders die Ordnungspolitik ist aufgefordert, Haushalten und Unternehmen genug Zeit zu geben, sich auf notwendige Veränderungen der Rahmenbedingungen einzustellen. Konsumenten und Unternehmen wollen Planungssicherheit. „Sie müssen wissen, wo es hingehet und welchem Gesamtziel einzelne Beschlüsse dienen. Ist diese Verlässlichkeit nicht gegeben, ruft das Frustration und Attentismus hervor.“<sup>15</sup> In diesem Sinne definierte der frühere Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer jüngst in einem Zeitungsbeitrag: „Eine gute Wirtschafts- und Finanzpolitik zeichnet sich durch klare Vorgaben, durch Glaubwürdigkeit und Kontinuität aus.“<sup>16</sup>

Nur wer sich zumindest einigermaßen ein Bild über die zukünftige wirtschaftliche und rechtliche Lage machen kann, wird das Risiko von langfristigen Bindungen auf sich nehmen. Das gilt für Unternehmen und Privathaushalte gleichermaßen. Wer als Unternehmer damit rechnen kann, dass sich der Staat mit Subventionen an seinen Investitionsaufwendungen beteiligt, wird mit dem Startschuss warten, bis das Geld fließt. Wem als Arbeitgeber günstigere Beschäftigungsbedingungen in Aussicht gestellt werden, wird sich mit Neueinstellungen erst einmal zurückhalten. Wer angesichts unklarer rechtlicher Grundlagen und eventueller Fördermaßnahmen oder neuer Steuern frühzeitig für seine eigene Altersversorgung vorsorgt, handelt unvernünftig und riskiert, später dafür finanziell „bestraft“ zu werden. Und wer fürchten muss, dass das Annehmen einer neuen Arbeitsstelle den Anspruch auf Arbeitslosengeld schmälert, wird ebenfalls nicht das gewünschte Engagement zeigen. In allen genannten Fällen von Attentismus werden Wirtschaftssubjekte von gewünschtem Handeln abgehalten.

Wer zu Handeln verpflichtet ist, wie der Staat in Form seiner Repräsentanten, Regierungen und Behörden, kann allerdings für sich nicht das „Recht“ der

Privaten auf Attentismus geltend machen. Politiker mit Entscheidungsverantwortung dürfen nicht abwarten, bis sich ein Problem ausgewachsen hat, sie sollten vielmehr bestrebt sein, die Entstehung von Problemen schon im vorhinein zu verhindern. Es gilt, mehr Vorsorge zu treffen. Dies trüge ebenfalls zur Vermeidung überflüssiger Unsicherheiten und zur Verstetigung der Wirtschaftsentwicklung bei.

### Es fehlt ein überlegenes Reformmanagement

Die vorstehenden Ausführungen sollten gezeigt haben, dass sowohl die Vermeidung als auch die Beseitigung von Attentismus eine bestimmte Art von Wirtschaftspolitik zur Voraussetzung hat. Klarheit, Kontinuität, Verlässlichkeit und Überzeugungskraft sind vonnöten. Es darf nicht sein, dass über Jahre hinweg vorwiegend debattiert, probiert und korrigiert wird und somit auf nichts Verlass ist. Trial and error, im Wettbewerbsprozess durchaus sinnvoll, darf nicht das bestimmende Prinzip der Wirtschaftspolitik sein.

Ein positives wirtschaftliches Umfeld und optimistische Perspektiven sind von grundlegender Bedeutung für eine positive Wirtschaftsentwicklung: Menschen, die sich in Bezug auf Arbeitsplatz, Einkommen und Abgaben einigermaßen sicher fühlen, werden vermehrt Nachfrage entfalten und Leistung anbieten. Erwartungssicherheit schafft Wohlstand. Schauen wir uns die derzeitige Situation in Deutschland an, so zeigt sich vielerorts genau das Gegenteil. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes durchdringt mittlerweile weite Teile der Volkswirtschaft. Erhebliche Einkommensanteile stehen offen zur Disposition. Man denke an die zahlreichen Abgabenerhöhungen der vergangenen Jahre, an den sukzessiven Wegfall etablierter Lohnbestandteile in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst, an Verschlechterungen (aus Sicht der Arbeitnehmer) beim Kündigungsschutz sowie den Anforderungen und Leistungen der Sozialversicherungen, Diskussionen um eine Ausweitung der Gewerbesteuer etc.

Solange hier keine Stabilisierung einkehrt, wird der Attentismus nicht verschwinden und die wirtschaftliche Lage sich nicht nachhaltig aufhellen. Woran es derzeit mangelt, ist nicht Krisenmanagement, sondern ein überlegtes Reformmanagement<sup>17</sup>, das den Gefahren des Attentismus Rechnung trägt.

<sup>15</sup> Hans Tietmeyer: Runter mit den Steuern, in: Handelsblatt Nr. 12 2003, S. 9.

<sup>16</sup> Ebenda.

<sup>17</sup> Vgl. dazu das Zeitgespräch „Wie können Reformen durchgesetzt werden?“, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 83. Jg. (2003), H. 1, S. 7 ff., mit Beiträgen von Josef Schmid („Reformen in Deutschland – ein Ding der Unmöglichkeit?“), Ulrich van Suntum („Mehr Bewegung durch Dezentralisierung“), Joachim Weimann („Wege zur Reformfähigkeit“) und Birger P. Priddat („Institutionelle Voraussetzungen von Reformkompetenz“).